

# Harburger Rundschau 22.01.2010

## Kommentar: Hamburg und das Heidewasser

### Nur so viel pumpen, wie ökologisch vertretbar ist

Von Rachel Wahba 22. Januar 2010, 07:12 Uhr

Die Hamburger Wasserwerke wollen weiter Trinkwasser in der Nordheide fördern. Dort haben sie ihre Brunnen, die Leitungen liegen, das Wasser taugt zum Trinken, und das Geschäft lohnt sich.

Wille und Antrag sind legitim. Im Landkreis regt sich allerorten der Protest gegen die Trinkwasserförderung. Die Menschen wollen nicht so viel Grundwasser nach Hamburg fließen lassen, und auch die Laufzeit ist ihnen zu lange. Auch das ist legitim. Beide Seiten werden verhandeln und sich in der Mitte treffen müssen. So lange die Verhandlungen auf sachlicher Basis, im Sinne des Naturschutzes und der Ressource Grundwasser geführt werden, ist auch das in Ordnung. Leider steht aber zu befürchten, dass um das für die Natur so wichtige Wasser eine Gutachter-Schlacht entbrennt. Der Landkreis muss das Wasser teilen, aber er sollte nur so viel davon abgeben, wie die Nordheide ökologisch auch gut verkraften kann. Alles andere wäre verantwortungsloser Raubbau.

### WIDERSTAND GEGEN DEN FÖRDERANTRAG DER HWW

#### Kampf ums Heidewasser



Foto: Rachel Wahba

#### **Bürgerinitiativen, Parteien und Gemeinden der Nordheide halten die Hamburger Wünsche für unannehmbar.**

Im Landkreis Harburg formiert sich der Protest gegen den Förderantrag der Hamburger Wasserwerke (HWW) auf breiter Basis. Neben den Umweltverbänden, den Land- und Forstwirten, haben nun auch einige Samtgemeinden und die Kreispolitik Widerstand gegen die HWW-Pläne angekündigt. Wie berichtet, wollen die HWW jährlich 16,6 Millionen Kubikmeter Trinkwasser aus der Nordheide fördern. Beantragt ist eine Bewilligungszeit von 30 Jahren. Bis zum 25. Januar läuft das Auslegungsverfahren. Träger öffentlicher Belange wie Vereine, Verbände und Kommunen haben jetzt die Gelegenheit, ihre Einwendungen abzugeben und ihre Kritik an den Förderplänen der HWW zu äußern. Die Einwendungen landen auf Gunnar Peters Schreibtisch. Seine Abteilung Boden Luft Wasser im Kreishaus in

Winsen ist seit Auflösung der Bezirksregierung Lüneburg federführend zuständig für die Bearbeitung des 15 Ordner umfassenden Antrags der HWW.

Am Mittwoch hatte ein Vertreter der Interessengemeinschaft Nordheidewasser (IGN), die Bürgerinitiative kämpft seit etwa 30 Jahren gegen die Trinkwasserförderung der HWW in der Nordheide, eine 18-seitige Einwendung im Kreishaus abgegeben. Die IGN fordert den sofortigen Stopp der Wasserförderung, weil dazu jede rechtliche Grundlage fehlt, so IGN-Sprecher Gerhard Schierhorn. Derzeit fördern die Hamburger mit einer vorläufigen Erlaubnis jährlich 15,7 Millionen Kubikmeter jährlich, die alte Bewilligung war im Jahr 2004 ausgelaufen. Die damalige Bezirksregierung hatte vor ihrer Auflösung noch eine vorläufige Erlaubnis erteilt. Schierhorn: Diese Erlaubnis ist unbefristet. Das ist rechtsfehlerhaft, denn es hätte eine Frist genannt werden müssen. Sie ist ungültig, und wurde erteilt, ohne die Verbände zu beteiligen.

Die IGN geht noch einen Schritt weiter: Sie fordert den Stopp der Förderaktivitäten der Hamburger in der Nordheide und die Ablehnung des Antrags. Zum einen habe Hamburg genug eigenes Trinkwasser, was gefördert werden könne, zum anderen hätten die Wasserwerke zu keiner Zeit Alternativen zum Trinkwasser aus der Nordheide untersucht, und genau dazu seien die HWW verpflichtet gewesen. Dieser Antrag der HWW ist derart schlampig ausgearbeitet, dass es nicht mal lohnt, das bereits angelaufene Verfahren weiter zu verfolgen. In ihrem Antrag haben die HWW auch nicht nachweisen können, dass Hamburg das Wasser aus der Nordheide braucht. Diesen Antrag muss der Landkreis ablehnen.

Die drei Samtgemeinden Salzhausen, Hanstedt und Tostedt haben gemeinsam einen Gutachter beauftragt, der ihre Einwendungen gegen die Höhe der Fördermenge und den Zeitraum der Bewilligung wissenschaftlich untersucht. Christiane Oertzen (CDU) Mitglied der CDU-Fraktion im Samtgemeinderat Salzhausen und Mitglied der Kreistagsfraktion, hält die Forderung der IGN für überzogen, ebenso wie die Forderungen der HWW. Ein Bewilligungszeitraum von 30 Jahren ist viel zu lang. Eine solche zeitliche Festlegung ist bei den zu erwartenden klimatischen Veränderungen nicht mehr zu verantworten, so die CDU-Politikerin aus Garlstorf. Auch die beantragte Menge von 16,6 Millionen Kubikmeter sei nicht mehr zu verantworten, so die einhellige Meinung innerhalb der Salzhausener CDU. Man lasse sich von Hamburg nicht für dumm verkaufen. Unsere Wald- und Grundbesitzer tun alles, um das gute und gesunde Grundwasser der Heideregion zu erhalten und Hamburg verdient daran viel Geld. Wir gucken in die Röhre, hieß es nach einer Klausurtagung der Salzhausener CDU. Dass die HWW mit dem Naturgut Wasser eine Menge Geld verdient, ist auch ein Kritikpunkt der IGN.

Die Grünen im Harburger Kreistag wollen einen Antrag für die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 8. Februar stellen. Wenn es stimmt, was die IGN da mit juristische Hilfe recherchiert hat, und die HWW jetzt auf der Grundlage einer ungültigen Erlaubnis Wasser fördern, dann muss sich Landrat Joachim Bordt dazu äußern. Wenn das stimmt, muss Hamburg sofort der Hahn abgedreht werden, so Erhard Schäfer, Grünen-Fraktionsmitglied. Im Kreishaus wollte man sich, mit Hinweis auf das laufendes Verfahren, nicht äußern.

Artikel erschienen am 22.01.2010

Rachel Wahba